



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein, Susann Biedefeld, Martina Fehlner, Harald Güller, Günther Knoblauch, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Reinhold Strobl SPD**

**Nachtragshaushaltsplan 2016;
hier: Förderung nichtstaatlicher Theater und von Einrichtungen
auf dem Gebiet der darstellenden Kunst
(Kap. 15 05 TG 73)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 15 05 (Allgemeine Bewilligungen – Kunst) TG 73 (Förderung nichtstaatlicher Theater und von Einrichtungen auf dem Gebiet der darstellenden Kunst) werden im Tit. 633 73 (Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände) und im Tit. 637 73 (Zuweisungen an Zweckverbände) die Mittel in 2016 um 6.697,2 Tsd. Euro von insgesamt 44.648,4 Tsd. Euro auf insgesamt 51.345,6 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Die kommunalen, privaten und freien Theater wirtschaften unter schwierigsten Bedingungen. Unzumutbare bauliche Zustände und akute Platznot der Bühnen stellen für viele die Rahmenbedingungen dar. Historische Gebäudekomplexe verfallen wie z.B. beim Erlanger Markgrafentheater, das inzwischen mit Notabstützungen gesichert werden muss. Schauspieler an kleineren Spielstätten im ländlichen Raum müssen sich oft, wie im Fall des Landestheaters Oberpfalz, mit einer Ehrenamts-Pauschale begnügen. Aber auch fest angestellte Kräfte haben keinerlei Gewissheit über die Dauer ihrer Anstellung. Wenn sie künftig keine Mittelaufstockung erhalten werden, drohen an einigen kleinen Theatern Kündigungen der Schauspielerinnen und Schauspieler.

Anlässlich ihrer finanziell erdrückenden Lage haben die Kindertheaterhäuser Nürnbergs aktuell ein gemeinsames Manifest zur Erhaltung der Kindertheaterlandschaft vorgelegt, in dem sie deutlich machen, dass ihre Existenz nur mit einer langfristigen institutionellen Finanzierung gesichert werden kann. Dringend notwendige Ensemble-Entwicklungen können in diesen Häusern, die einen wertvollen Beitrag zur kulturellen Bildung in Bayern leisten, angesichts steigender Personal-, Lebens- und Haushaltungskosten nicht mehr bewerkstelligt werden. Deshalb ist eine Erhöhung der Mittel um 15 Prozent dringend geboten.